



6	1	8
7	5	3
2	9	4

# Jahresbericht 2007

Kurzfassung



## **II. Prüfungsergebnisse**

### **A. Ressortübergreifende Ergebnisse**

#### **17 Basiskomponente Förderverfahren - Bayerisches Integriertes Fördersystem**

An dem Ziel eines einheitlichen, ressortübergreifenden luK-Verfahrens für das Förderwesen sollte festgehalten werden. Dazu müssten vor allem die Geschäftsprozesse in den Förderbereichen stärker aufeinander abgestimmt werden. Darüber hinaus wäre die Verantwortung für die Steuerung des luK-Einsatzes und des luK-Budgets in den jeweiligen Ressorts zusammenzuführen.

### **B. Ergebnisse aus den Geschäftsbereichen**

#### **Staatsministerium des Innern**

#### **18 Kurierdienste bei der Polizei**

Der ORH hat bei einer Prüfung der Kurierdienste der Polizei erhebliche Einsparpotenziale festgestellt.

Auch in anderen Geschäftsbereichen werden Kurierfahrten nicht übergreifend organisiert. Der ORH hält eine ressortübergreifende Lösung für notwendig. Dabei sollte auch die Möglichkeit einer externen Vergabe erwogen werden.

#### **19 Staatliche Gebäude mit hohem Glasanteil in der Fassade**

Eine umfangreiche Untersuchung hat gezeigt, dass Glasfassaden in Planung, Bau und Betrieb aufwendiger und teurer sind als Fassaden in konventioneller Bauweise. Nach Ansicht des ORH sollten bei staatlichen Baumaßnahmen Glasfassaden nur in besonders begründeten Fällen zur Ausführung kommen.

## **Staatsministerium der Justiz**

### **20 Dienst- und Mietwohnungen der Justizvollzugsanstalten**

Der Wohnungsbestand bei neun geprüften Justizvollzugsanstalten wurde nur zur Hälfte als Dienstwohnungen genutzt und ist überwiegend sanierungsbedürftig. Wohnungen, die nicht für dienstliche Zwecke benötigt werden, sollten an das Allgemeine Grundvermögen abgegeben werden.

## **Staatsministerium für Unterricht und Kultus**

### **21 Geschäftsstelle des Bayerischen Jugendrings**

Die Stellenausstattung, die Eingruppierungen und Arbeitszeitregelungen der Geschäftsstelle des Bayerischen Jugendrings sind überdimensioniert und zu großzügig bemessen.

Das Staatsministerium kommt seinen Pflichten als Aufsichtsbehörde und Zuwendungsgeber nicht wirkungsvoll nach.

## **Staatsministerium der Finanzen**

### **22 Steuerfestsetzungen bei bedeutenden Einzelfällen**

Die Veranlagungsqualität bei Steuerfällen mit hohem Risikopotenzial ist mangelhaft und führt zu einem vorsichtig geschätzten Steuerausfall von mindestens 39 Mio € jährlich. Die Auswahl gründlich zu prüfender Steuerfälle und der Personaleinsatz richten sich zu wenig am möglichen Steueremehrertrag aus. Ein Qualitätsmanagement ist in der Praxis noch nicht umgesetzt.

## **23 Steuerfahndungsstellen der Finanzämter**

Die Steuerfahndungsstellen - und hier vor allem das Finanzamt München I - können ihren Auftrag nur eingeschränkt erfüllen. Dies führt zu jährlichen Steuerausfällen von mindestens 34 Mio €, davon allein 24 Mio € im Großraum München.

## **24 Staatliche Lotterieverwaltung**

Der Glücksspiel- und Sportwettensektor erlebt tiefgreifende Umwälzungen. Der ORH hält eine Überprüfung der Vertriebsorganisation und der Kostenstrukturen für überfällig.

# **Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

## **25 Landesgewerbeanstalt Bayern (LGA)**

Das Ziel, mit einer Teilprivatisierung eine auf Dauer wirtschaftlich eigenständig überlebensfähige LGA zu schaffen, wurde trotz erheblicher staatlicher Leistungen im hohen zweistelligen Millionenbereich nicht erreicht. Auf den Staatshaushalt können weitere Belastungen zukommen.

## **26 Förderung eines U-Bahnbetriebshofs**

Der ORH stellt erneut fest, dass zwingende Vorschriften des Zuwendungsrechts nicht beachtet werden. Aufgrund seiner Prüfung hat die Regierung 740 000 € zuzüglich Zinsen von 220 000 € zurückgefordert, die mittlerweile zurückbezahlt sind.

Wie bereits in den Vorjahren fordert der ORH, die Verwendungsnachweisprüfung zu verbessern.

## **Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten**

### **27 Förderungen im Rahmen der Verbraucherinitiative**

Das Staatsministerium hat für zwei Förderprogramme im Rahmen der Verbraucherinitiative 46 Mio € aufgewendet. Ein konkreter Nutzen für die Verbraucher war kaum feststellbar.

### **28 Verbände für Ländliche Entwicklung**

Das Staatsministerium gewährte in den Jahren 2004 und 2005 den Verbänden für Ländliche Entwicklung einen zusätzlichen Zuschuss aus Investitionsmitteln von 7,5 Mio €, obwohl die Verbände über hohes Vermögen verfügten.

Daneben legten die Verbände vom Staat zinslos ausgereichte Landerwerbsdarlehen zum Teil als Festgeld am Kapitalmarkt an und setzten die Mittel so zum Vermögensaufbau ein. Auf die Forderung des ORH hin erhebt das Staatsministerium derzeit das erwirtschaftete Eigenvermögen der Verbände. Die Mittel sind an den Staatshaushalt zurückzuführen.

### **29 Ämter für Landwirtschaft und Forsten, Sachgebiete Tierzucht**

Der ORH fordert, die staatliche Betätigung in der Verbandsarbeit einzustellen. Im Bereich der Tierzucht sieht er weitere Einsparmöglichkeiten von bis zu 79 Stellen, wenn die Staatsaufgaben konsequent auf die Kernbereiche konzentriert werden.

## **Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen**

### **30 Leistungen aus der Ausgleichsabgabe**

Auf Anregung des ORH hat die Verwaltung Maßnahmen ergriffen, um einen sparsameren sowie effektiveren Einsatz der Fördermittel zu erreichen.

### **31 Bewirtschaftung der Mittel für Verpflegung und Betreuung von Aussiedlern, Asylbewerbern und sonstigen Flüchtlingen**

Bei der Verpflegung und Bewachung der Unterkünfte hat die Verwaltung auf die stark rückläufigen Zahlen an Aussiedlern, Asylbewerbern und sonstigen Flüchtlingen nicht ausreichend reagiert. Seit Jahren blieben auch Vergabevorschriften unbeachtet. Insgesamt entstanden dadurch vermeidbare Mehrkosten in Millionenhöhe.

## **Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**

### **32 Mitwirkung von privaten Ingenieuren bei der staatlichen Wasserwirtschaft**

Die staatliche Wasserwirtschaftsverwaltung hat bei der Beauftragung privater Ingenieurbüros vergaberechtliche Vorschriften nicht beachtet. Um finanzielle Nachteile für den Staat zu vermeiden, sind zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen des staatlichen Personals erforderlich.

## **Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

### **33 Vollzug des Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetzes**

Die Zahl der Förderfälle würde sich ohne finanzielle Nachteile für die Leistungsempfänger um 40 % verringern, wenn Überschneidungen mit Leistungen der Jugend- und Sozialhilfe gesetzlich bereinigt würden. Zudem könnte in weiteren 20 % der Fälle die Förderung von Tagesheimkosten aufgegeben werden, da sie ausbildungsbedingt nicht notwendig ist. Insgesamt würde der Staatshaushalt um rd. 1 Mio € entlastet. Der mit dem Vollzug verbundene Aufwand würde mehr als halbiert.

### **34 Organisation und Zuschusswesen bei den staatlich geförderten Einrichtungen der Laienmusik**

Der ORH hat Vorschläge zur Verbesserung der Organisationsstrukturen und zur effizienten Verteilung der staatlichen Fördermittel im Bereich der Musikverbände und -einrichtungen unterbreitet. Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat daraufhin eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Anregungen des ORH im Wesentlichen befürwortet hat. Eine konkrete Umsetzung steht aber bislang aus.

### **35 Personalkosten im ärztlichen Dienst der Universitätsklinik**

Bei der Untersuchung der Personalkosten des ärztlichen Dienstes an den fünf Universitätsklinikum wurden erhebliche Unterschiede festgestellt. Der ORH sieht Wirtschaftlichkeitsreserven und empfiehlt verschiedene Verbesserungsmaßnahmen.

### **36 Beschaffung einer Bodenrinne**

Für einen Lehrstuhl der Technischen Universität München wurde ein Großgerät (Bodenrinne) für 1,5 Mio € hergestellt. Es war nur einen Tag für die technische Abnahme durch den TÜV in Betrieb. Seit 2003 ist die Anlage in einer Scheune eingelagert.



**37 Energieeinsparpotenzial bei der Universität Erlangen-Nürnberg**

Durch den Einbau von Wärmerückgewinnungsanlagen bei Gebäuden der Universität könnten jährlich 800 000 € an Energiekosten eingespart werden. Die Kosten für CO<sub>2</sub>-Kontingente sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Der ORH fordert, Maßnahmen zur Wärmerückgewinnung bei geeigneten Gebäuden möglichst zügig durchzuführen.

**38 Förderung des Glasmuseums Frauenau**

Der Anreiz erheblicher Mittel der EU (3,0 Mio €) sowie des Staats und sonstiger Zuwendungsgeber (3,4 Mio €) hat die Gemeinde Frauenau veranlasst, ihr seit 1975 bestehendes Glasmuseum neu zu bauen. Von staatlicher Seite wurde trotz unzureichender Planung und Kostenschätzung der vorzeitige Maßnahmebeginn genehmigt. Die Gesamtkosten sind von 6,9 auf 8,3 Mio € gestiegen.

Die finanzschwache Gemeinde sieht sich außerstande, diese Belastung zu tragen.

## **Staat skanzlei**

**39 Bayerische Medienförderung - Zuwendungen zur Bambi-Verleihung 2005**

Der Staat hat die Bambi-Preisverleihung 2005 in München mit 200 000 € (rd. 5 % der Gesamtkosten) bezuschusst. Der ORH sieht darin einen typischen Mitnahmeeffekt.